

Grundwissen – Wirtschaft und Recht – 10. Jahrgangsstufe

Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Wert aller zu Marktpreisen bewerteten Güter (= Sachgüter und Dienstleistungen), abzüglich der Vorleistungen, die im Laufe einer Wirtschaftsperiode innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft erbracht werden

Europäischer Binnenmarkt

gemeinsamer Markt innerhalb der Europäischen Union (EU) mit freiem Personen- (vgl. Schengen-Abkommen), Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr

Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU)

im Vertrag von Maastricht (1992) vereinbarte, verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den EU-Staaten sowie Einführung des Euro als gemeinsame Währung ab 1999 bei Erfüllung der Konvergenzkriterien (in der Folgezeit Vereinbarung mehrerer Maßnahmen zur Stabilisierung der Eurozone)

Europäische Zentralbank (EZB)

Institution innerhalb der EWWU mit Sitz in Frankfurt/Main, die gemeinsam mit den nationalen Zentralbanken das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) bildet (vorrangiges Ziel: Preisstabilität)

Externe Effekte

Auswirkungen des wirtschaftlichen Handelns auf einen unbeteiligten Dritten, ohne dass dafür bezahlt oder ein Ausgleich hergestellt wird (z. B. Umweltverschmutzung)

Globalisierung

zunehmende Entstehung weltweiter Märkte für Waren, Kapital und Dienstleistungen sowie internationale Verflechtung der Volkswirtschaften (internationale Arbeitsteilung) mit sowohl positiven als auch negativen Folgen

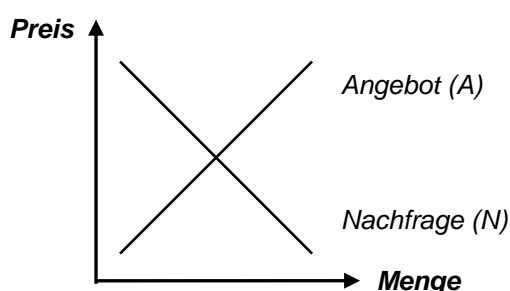
Kreislaufmodell

Modell des Wirtschaftskreislaufs mit fünf Kreislaufsektoren (z. B. H = Haushalt) und den verschiedenen Kreislaufströmen (z. B. Fe = Faktoreinkommen)

Markt

- jedes Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage
- Koordinationsaufgaben über den Preismechanismus (Signalfunktion, Abstimmung der Pläne, Lenkungsfunktion, Anreizfunktion)

Marktmodell



- Gleichgewichtspreis und –menge bei $A \cap N$
- Angebotsüberhang bei $A > N$
- Nachfrageüberhang bei $N > A$



Öffentliche Güter

vom Staat angebotene und kollektiv nachgefragte Güter (z. B. Sicherheit, Verkehrswege) mit den Merkmalen Nichtausschließbarkeit und Nichtrivalität

Rechtsfunktionen

Friedens-, Ordnungs-, Schutz-, Straf- (und Abschreckungs-) und Erziehungsfunktion

Rechtsgebiete

- Öffentliches Recht, z. B. Strafrecht (Prinzip der Über- und Unterordnung: Staat ↔ Bürger)
- Privatrecht (Zivilrecht), z. B. Bürgerliches Recht (Gleichordnungsprinzip: Bürger ↔ Bürger)

Soziale Marktwirtschaft

von Ludwig Erhard eingeführte Wirtschaftsordnung der BR Deutschland, die das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit den Erfordernissen des sozialen Ausgleichs zu verbinden versucht („dritter Weg“ zwischen freier Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft) → Grundelemente: Eigentums-, Wettbewerbs-, Arbeits- und Sozialordnung

Sozialversicherung

Säulen der gesetzlichen Sozialversicherung in der BR Deutschland: Arbeitslosen-, Kranken-, Pflege-, Renten- und Unfallversicherung (z. T. auf dem Generationenvertrag basierend)

Steuern

Geldleistungen eines Bürgers an den Staat, ohne dass hierdurch ein Anspruch auf eine direkte Gegenleistung entsteht → Einkommensumverteilung gemäß Staatshaushalt

Straftat

Voraussetzungen der Strafbarkeit: Tatbestandsmäßigkeit, Rechtswidrigkeit und Schuld

Solidarität

Prinzip, wonach ein Bürger nicht nur für sich selbst, sondern auch für die anderen Mitglieder der Gesellschaft verantwortlich ist

Subsidiarität

Prinzip, wonach die Daseinsvorsorge dem Einzelnen selbst überlassen bleibt und staatliche Eingriffe nur im Ausnahmefall erfolgen

Wechselkurs

Preis für eine ausländische Währung, welcher durch Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt gebildet wird

Wirtschaftssektoren (Wirtschaftsbereiche)

- Primärer Sektor (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Bergbau)
- Sekundärer Sektor (Verarbeitendes Gewerbe, Bau- und Energiewirtschaft)
- Tertiärer Sektor (Handel, Verkehr und weitere Dienstleistungen)

WTO (World Trade Organization)

internationale Organisation v. a. zur Liberalisierung des Welthandels durch den Abbau von (tarifären und nicht-tarifären) Handelshemmnissen (also von protektionistischen Maßnahmen wie Zöllen, Subventionen oder Quoten)